

**Titel: EU-China-Gipfel kritisch begleiten**

Der anstehende **EU-China-Gipfel** inmitten von Leipzig **bereitet uns Jusos Sorge**.

**Sorge** um die Menschen in der Volksrepublik China, die von einem diktatorischen Regime unterdrückt werden und massive **Menschenrechtsverletzungen** aushalten müssen. Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit sind nicht im Interesse der chinesischen Regierung und werden deshalb unterdrückt.<sup>1</sup> Diese Form des autoritären Staatskapitalismus hat nichts mit unserem Verständnis von demokratischem Sozialismus in Freiheit zu tun - selbst wenn die herrschende Kommunistische Partei Chinas das Wirtschaftsmodell "chinesischen Sozialismus" nennt.

Auch die Lage der **Uigur\*innen**, einer muslimischen Minderheit im Westen der VR China, ist fatal. Sie werden systematisch unterdrückt, in "neuen Gulags" gefangen und gefoltert. Wissenschaftler\*innen sprechen von einem "kulturellen Genozid".<sup>2</sup> Mit den Menschen, die diese Grausamkeiten direkt zu verantworten haben, kann es keinen rein wirtschaftlichen Gipfel geben. Erst recht nicht in Leipzig, der Stadt der Friedlichen Revolution!

**Sorge**, dass Menschenrechte hinter **wirtschaftlichen Interessen** zurückstehen müssen. Es ist wichtig, auch mit autoritären Staaten multilateral zu beraten, um im Dialog zu bleiben. Miteinander zu reden ist eine wichtige Errungenschaft! Problematisch wird es, wenn wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit stärker im Fokus stehen als die menschenrechtliche Situation, wie es in der Vergangenheit häufig der Fall war. Das stärkt die chinesischen Machthaber\*innen und schwächt den Anspruch der Europäischen Union, Frieden in der Welt zu stiften. Es ist lange her, seit die EU den Friedensnobelpreis verliehen bekam. Heute wird sie ihrem Anspruch, die Menschenrechte zu wahren und in die Welt zu tragen, selbst nicht gerecht. Dramatische Bilder wie aus den Geflüchtetenlagern in Moria bestätigen dies. Wirtschaftliche Zusammenarbeit ergibt Sinn, aber solange es auf Gipfeln wie diesem keine Sanktionsmöglichkeiten für Menschenrechtsverletzungen gibt, sehen wir diese kritisch.

**Sorge** um massive **Einschränkungen der Grundrechte**, wie wir es zum G20-Gipfel 2017 in und um Hamburg herum erlebt haben. Dass es in Hamburg keine Polizeigewalt gegeben hätte ist eine Unterstellung, die wir entschieden zurückweisen. Solche Szenen dürfen sich in unserer Stadt nicht wiederholen. Leipzig als eine Wiege der ostdeutschen Demokratie sollte hier anders handeln. Es ist zweifellos ein besonderes Moment wenn Leipzig für eine solch prestigeträchtige Veranstaltung ausgewählt wird - eine Blockierung des öffentlichen Lebens hatten wir jedoch bereits zu Genüge in diesem Jahr. Es kann nicht sein, dass Leipzigs Zentrum eine Sperrzone werden soll.

Daher fordern wir die **Stadtratsfraktion** auf

---

<sup>1</sup> <https://www.bpb.de/internationales/weltweit/menschenrechte/38775/china>

<sup>2</sup>

[https://magazin.spiegel.de/SP/2019/48/167093490/index.html?utm\\_source=spon&utm\\_campaign=centerpage](https://magazin.spiegel.de/SP/2019/48/167093490/index.html?utm_source=spon&utm_campaign=centerpage)

1. sich für eine Verlegung des Gipfels in Räumlichkeiten außerhalb des Stadtzentrums einzusetzen und entsprechende Anträge der grünen und linken Fraktionen mitzutragen;
2. sich bei der Versammlungsbehörde der Stadt Leipzig dafür einzusetzen, dass das Grundrecht der Versammlungsfreiheit auch während der Durchführung des Gipfels uneingeschränkt wahrgenommen werden kann.

Weiterhin fordern wir die **Landtagsfraktion** auf, die Aktivitäten der Polizei rund um den geplanten Gipfel kritisch zu beobachten sowie Kompetenzüberschreitungen und eventuelle Polizeigewalt öffentlich zu kritisieren.

Abseits dessen ist es auch an uns Jusos diesen Gipfel kritisch zu begleiten. Wir schließen uns daher dem **Bündnis "NOEUCN"** (No EU China Summit, <https://noeucn.org/>) an und werden aktiv im Bündnis mitwirken. Gemeinsam werden wir Veranstaltungen organisieren, um den Gipfel kritisch zu begleiten.